Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich Grundpreis Mk. 1.—, Teuerungszahl 1 650 000 000, Einzelnummer Mk. 35 000 000. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.

Die Austreibung der Juden aus München

Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile: Grundpreis 15 ₰, Teuerungszahl 1650 000 000 / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdisch. Echo“, München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 5309 Postscheck-Konto: München 898

Mit der Beilage: Mitteilungen des Israelit. Lehrervereins für Bayern

Ausgabe A — Nr. 48 / 30. November 1923 — 10. Jahrgang

Spezialhaus für Haushalt- und Luxus-Porzellan	Braut-Ausstattungen
Ausstellung Keramischer Kunsterzeugnisse	Praktische Geschenkartikel

1923 Wochenkalender 5684

	Dezember	Kislew	Bemerkungen
Sonntag	2	24	
Montag	3	25	
Dienstag	4	26	
Mittwoch	5	27	
Donnerstag	6	28	
Freitag	7	29	
Samstag	8	30	מקץ שבת חנוכה ראש חדש יום א'

Das Jüdische Echo

Nummer 48 | **30. November 1923** | **10. Jahrgang**

Die Nummern 43 bis 47 sind unter dem Druck der politischen Verhältnisse ausgefallen.

Die Sturmflut des Hasses

Kurz nach dem Amtsantritt des Generalstaatskommissars forderten wir seine Aufmerksamkeit für die durch die Judenhetzer hervorgerufene Vergiftung der öffentlichen Meinung. Seitdem hat diese Vergiftung zu Ereignissen geführt, die für alle Zeiten zu den dunkelsten Blättern der Geschichte dieser Stadt zählen werden. Wir Juden durchlebten Tage der Bedrohung, die selbst unter dem Zeichen der antisemitischen Propaganda noch vor kurzem in einem mitteleuropäischen Staate für undenkbar gegolten hätten. Das Beschämendste und Schlimmste an dieser Überflutung aller Schichten der Bevölkerung mit sinn- und bedenkenlosem Judenhaß ist der Mangel von Stimmen der Vernunft und Menschlichkeit aus den Kreisen der christlichen Bevölkerung. Wie ein Rufer in der Wüste stand Kardinal Faulhaber mit seinen Worten der Selbstverständlichkeit gegen die Judenhetze und es mußten erst die Anwürfe gegen den Kardinal kommen, um weiten Kreisen zu zeigen, wohin die Reise geht. Aber die gesamte Schicht des intellektuellen Bürgertums blieb still und untätig gegenüber der jahrelang ununterbrochen fortgeführten, mit Lüge und Betrug arbeitenden antisemitischen Volksverhetzung. Die warnende Stimme, die wir gegen diese von Gewalttätigkeiten ständig begleitete Hetze (Mißhandlung des Rabbiners in einer nationalsozialistischen Versammlung, eine Anzahl gewaltsamer Versammlungssprengungen, Mißhandlung des Kommerzienrats Fränkel auf der Straße usw.) blieb ungehört und auch unsere in letzter Stunde an den Generalstaatskommissar gerichtete Mahnung war vergeblich, bis dann die Tatsachen und Begleiterscheinungen zeigten, wie berechtigt diese Mahnung war.

Eine Folgeerscheinung der antisemitischen Propaganda war die etwa Mitte Oktober einsetzende Aktion der Judenausweisungen. Man hat eine Bevölkerungsgruppe von etwa 200—250 Familien den Judenhetzern als erste Opfer bieten wollen. Keine der maßgebenden Stellen hat ernstlich bestreiten können, daß es sich um eine im wesentlichen gegen die Juden gerichtete Aktion handelt und nachdem man zuerst jahrelang die öffentliche Meinung der brutalsten und bedenkenlosesten Hetzpropaganda ausgeliefert hatte, berief man sich schließlich auf die öffentliche Meinung, die berücksichtigt werden müsse. Es ist noch von keiner Behörde bekannt gegeben worden, wieviel ausländische Juden in München und Bayern überhaupt leben. Es wäre sofort deutlich geworden, daß diese Zahl eine völlig geringfügige, überhaupt nicht ins Gewicht fallende ist. Damit wäre den Judenhetzern ein wesentliches Argument entzogen worden. Aber in dieser Richtung sind ja die Bemühungen der Behörden noch niemals gegangen. So konnte es geschehen, daß die durchwegs jahrzehntelang in München lebenden ausländischen Juden plötzlich von einer Ausweisungsaktion betroffen wurden, die geeignet ist, sie alle in ihrer Existenz aufs schwerste zu gefährden. Die ganze Aktion zeigt von vorneherein, daß man sich keineswegs damit begnügte, Personen auszuweisen, die irgend etwas verschuldet haben. Solche gibt es schon aus dem Grunde nicht, weil in den letzten Jahren Ausweisungen stets sofort im Zusammenhang mit einem Strafverfahren erfolgt sind. Darüber hinaus sind die nach Kriegsausbruch zugezogenen, vor dem gemeinsamen Feind Geflohenen samt und sonders 1920 ausgewiesen worden. Es gibt also nur noch ausländische Juden hier, die seit Jahrzehnten hier ansässig sind. Wenn man die Begründungen liest, mit denen die Behörden die Ausweisungsbefehle ausgestattet haben und ihnen in den einzelnen Fällen auf den Grund geht, dann wird man den Eindruck nicht los, daß es wenig Bevölkerungsgruppen gibt, bei denen man nicht ein weit umfangreicheres Sündenregister finden würde, wenn man so krampfhaft Vorwände sucht, wie es hier geschehen ist; hat man doch vielfach erst den Versuch gemacht, durch Haussuchungen Vorwände zu ermitteln. Während in der allgemeinen Polizeipraxis Haussuchungen erfolgen, wenn der Verdacht bestimmter strafbarer Handlungen vorliegt, sind hier Haussuchungen in ganz großer Zahl vorgenommen worden, um erst Verdachtsgründe zu suchen. Die ganze Aktion, die von den Behörden unter dem Druck der extremsten antisemitischen Parteien unternommen wurde, widerspricht allen internationalen Gepflogenheiten. Die halbamtliche Berliner Regierungsmeldung über die Münchner Ausweisungsaktion entspricht bisher nicht den Tatsachen. Hoffentlich wird sie von ihnen nachträglich gerechtfertigt. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Behörden aufhören, solche Verwaltungsmaßnahmen nach dem Wunsch der Straße auszuführen und die ganze Aktion einer ernsten Nachprüfung unterzieht. Jedenfalls ist die Behauptung, es seien überhaupt noch keine Ausweisungen zur Durchführung gelangt, unrichtig. Nach unserer Kenntnis hat eine größere Anzahl Familien nach Abweisung der Beschwerde Bayern notgedrungen verlassen und befinden sich in den vorläufigen Orten ihrer Zuflucht in größter Not.

Ein durchwegs im Ausweisungsverfahren angewandter Begriff ist der des „wirtschaftlichen Schädlings“, dessen Grundlage in dem — übrigens meist bescheidenen — Wohlstand der Ausgewiesenen gefunden wird. Der Verfasser dieser Zeilen kennt deutsche Kolonien vieler Länder aus der Zeit vor dem Kriege und hat immer den berechtigten Stolz bewundert, den man dort auf den errungenen Wohlstand hatte. Es ist keinem Menschen eingefallen, diesen Wohlstand moralisch oder gar rechtlich zu beanstanden, und es ist ein vollkommenes Novum in der Verwaltungspraxis und Rechtspflege, den rechtmäßig erworbenen Wohlstand eines Menschen zum Anlaß einer in der Schädigung weit über schwere Strafen wirkenden Maßnahme zu machen.

Man muß Wirtschaftsbegriffe so weltfremd und einseitig auffassen, wie es gewisse ganz rechtsstehende Kreise tun, um überhaupt Leute als „wirtschaftliche Schädlinge“ zu bezeichnen, deren Unternehmungen im Wirtschaftsleben der Stadt

so notwendig sind, daß man — ohne jede klare Rechtsgrundlage — die Auflösung unter Androhung der Enteignung ausdrücklich untersagt.

Hoffen wir, daß die Ereignisse des 8. und 9. November allen auf die es ankommt, die Gefahren deutlich gemacht haben, die von rechtsbolschewikischen Hetzern drohen und daß mit einer ruhigeren Staatsentwicklung auch die „Ostjudenvertreibung“ neben manch anderen Unbegreiflichkeiten als Episode einer dunklen Zeit angesehen werden kann. Ernst Precht.

Die Tatsachen

Seit dem 16. Oktober, an dem frühmorgens eine sehr große Anzahl ostjüdischer Familien mit Haussuchungen bedacht wurden, leben die in München befindlichen etwa 250 ostjüdischen Familien in ständiger Unruhe. Das Damoklesschwert der kurzfristigen Ausweisung bedroht jeden in einer Weise, ob er nicht morgen schon gezwungen wird, in kurzer Frist seinen Wohnsitz zu verlassen und seine wirtschaftliche Existenzgrundlage zu verlieren. Dabei handelt es sich ausschließlich um Familien, die seit mehreren Jahrzehnten in München wohnen, deren Kinder zumeist in München geboren und aufgewachsen sind, ein anderes Land, eine andere Sprache nicht kennen und deren enge Verflechtung mit dem Wirtschaftsleben der Stadt erst dann ganz erkannt werden wird, wenn sie herausgerissen sein werden. Die Ausweisung erfolgt aus keinem persönlichen Verschulden, sondern umgekehrt, es werden zum Zwecke der Ausweisung irgendwelche, wenn auch noch so geringfügige und noch so weit zurückliegende Gründe im Vorleben der Auszuweisenden gesucht. Durch Wegnahme der Wohnung und damit der Möglichkeit, durch Tausch anderweitig eine Wohnung zu finden, werden die Ausgewiesenen unterkunftslos gemacht. Durch die Ausweisung sämtlicher Kinder (auch der im Säuglingsalter stehenden), die, wie erwähnt, zumeist in München geboren, alle aber in München aufgewachsen sind, erhält die Ausweisungsmaßnahme noch eine besondere Note. Wir geben nachstehend eine Anzahl von Fällen im Detail mit den Personalangaben und der polizeilichen Begründung und lassen diese Tatsachen für sich selbst sprechen:

B. A. 30 Jahre in München, verheiratet, 3 Kinder in München geboren.

Gründe: „Ohne Vermögen zugezogen, heute Besitzer einer der bedeutendsten Zigarettenfabriken und sehr wohlhabend, besitzt Goldgeld, außerdem goldene Uhren und Schmucksachen. Gab zu „polizeilichen Beanstandungen“ wiederholt Anlaß. Schädling des deutschen Wirtschaftslebens.“

Als Hauptverbrechen: vorwärts gekommen zu sein; ein Mann, der 200 Arbeiter beschäftigt, ein wirtschaftlicher Schädling. Der Goldgeldbesitz insgesamt 100 Mark Nennwert.

E. B. 34 Jahre in München, verheiratet, drei Kinder in München geboren.

Gründe: „Ärmlich zugezogen, seither ein ziemliches Vermögen erworben. Mehrmals „polizeilich beanstandet und wegen Preistreiberei bestraft“.

Die Preistreibereistrafe war eine geringfügige Geldstrafe, nachdem bei einer gründlichen Geschäftsdurchsuchung 4 Gegenstände als über die Vorschrift ausgezeichnet befunden wurden. Es dürfte wenige Geschäftsleute in München geben, die bei einer so gründlichen Prüfung nicht schlechter weggekommen wären.

N. D. 24 Jahre in München, 5 Kinder, ältestes in Berlin, übrige in München geboren.

Gründe: „Vorbestraft, polizeilich beanstandet“.

Die Vorstrafe, die eine Geldstrafe von 30 M. (dreißig Mark) war, liegt 26 Jahre zurück! In 24jährigem Aufenthalt in München nicht die geringste Strafe.

D. E. 18 Jahre in München, verheiratet, fünf Kinder in München geboren.

Gründe: „Polizeilich beanstandet wegen Spekulation mit ausländischen Zahlungsmitteln und Preistreibrei bestraft.“

Beide Delikte waren rein formal und bestanden im Angebot von Dollarpreisen in Ankaufsinseraten für Felle, wobei die Selbstverständlichkeit, daß es sich um Dollarumrechnungen handelt, nicht ausdrücklich vermerkt war. E. lebt seit seinem 7. Lebensjahr in Deutschland.

M. E. 28 Jahre in München, Frau geborene Münchnerin.

Gründe: „Erhebliche polizeiliche Beanstandungen“, Ausweisung bereits 1910 erwogen, gilt als wirtschaftlicher Schädling.

Beanstandungen und angeblich früher erwogene Ausweisung dem Betroffenen vollständig unbekannt. Es liegt nahe, Verwechslung mit einem gleichnamigen Verwandten anzunehmen. E. gilt als besonders sorgsamer, solider Geschäftsmann.

J. H. 14 Jahre in München, verheiratet, fünf Kinder in München geboren.

Gründe: „Polizeilich beanstandet“, zur Zeit schwebt ein Strafverfahren wegen Betrug.

Von dem angeblich schwebenden Strafverfahren ist H. überhaupt nie etwas bekannt geworden. (Ein schwebendes Verfahren zur Unterlage einer Maßnahme zu machen, ist ein Novum in der Kriminalpraxis.) Die Ehefrau zur Zeit nach schwerer Operation bettlägerig.

J. H. 20 Jahre in München, verheiratet.

Gründe: „„Zählt nach Art der polizeilichen Beanstandungen und seinem Tun und Treiben zu jenen Ausländern, die das ihnen gewährte Gastrecht zum Nachteil des deutschen Volkes ausnützen.“

H. wird von allen, die ihn kennen, als besonders ruhig und anständig bezeichnet, hat nie die geringste Strafe erlitten.

Ph. K. In München geboren, verheiratet.

Gründe: „Wiederholt wegen Preistreiberei und unerlaubten Aufkaufs von Gold und Silber bestraft.“

In Wirklichkeit vor 5 Jahren eine geringe Geldstrafe wegen eines formalen Vergehens. Besitzt seit 6 Jahren die Erlaubnis zum Edelmetallhandel.

J. J. 27 Jahre in München, verheiratet.

Gründe: „Wegen unerlaubten Tabakhandels und wegen Körperverletzung vorbestraft, beanstandet wegen Kettenhandels.“

In Wirklichkeit: Die Strafe wegen unerlaubten Tabakhandels rechtskräftig im Instanzenweg aufgehoben, also nicht bestehend. (Es ist ein Novum in der Rechtspflege, eine Strafe, die gar nicht rechtskräftig besteht, zur Grundlage einer Maßnahme zu machen.) Körperverletzung: vor mehr als 20 Jahren gelegentlich eines Streites eine Ohrfeige gegeben und dafür mit der kleinsten Geldstrafe belegt. (Derartige Dinge werden allgemein nicht als ehrenkränkend angesehen, geschweige denn nach mehr als 20 Jahren.) Beanstandung wegen Kettenhandels ist J. selbst unbekannt.

J. K. 30 Jahre in München, verheiratet, fünf Kinder in München geboren.

Gründe: „Wegen unlauterem Wettbewerb vorbestraft.“

In Wirklichkeit mehr als 10 Jahre zurückliegende geringfügige Geldstrafen. K. selbst ist

in München aufgewachesn und in die Schule gegangen, besitzt eines der größten Geschäfte seiner Art.

J. L. 9 Jahre in München, verheiratet, 2 Kinder in München geboren.
Gründe: L. erst nach 1914 nach München eingewandert, seine Anwesenheit ist weder im staatlichem noch in volkswirtschaftlichem Interesse notwendig." (Kommentar unnötig.)

N. N. Seit mehr als 20 Jahren in München, verheiratet, 1 Kind in München geboren.
Gründe: „Wurde 1920 aus Bayern weggewiesen. Gehört mit zu jenen Ausländern, deren sich auffallend bessernde Vermögensverhältnisse im krassen Widerspruch zu der fortschreitenden Verarmung der einheimischen Bevölkerung stehen. Seine Ausweisung mit seiner Familie erscheint daher veranlaßt."
1920 wurden die nach Kriegsbeginn zugezogenen Ausländer ausgewiesen. Da N. nicht zu diesen zählt, wurde die gegen ihn erlassene Ausweisung zurückgezogen. Diese zu Unrecht erfolgte Ausweisung ist heute der Hauptvorwurf gegen ihn.

J. N. 13 Jahre in München, verheiratet, fünf Kinder.
Gründe: „Polizeiliche Beanstandungen".

S. O. 17 Jahre in München, verheiratet, fünf Kinder, davon 3 in München geboren.
Gründe: „In ärmlichen Verhältnissen eingewandert, Vermögen zu ungewöhnlicher Höhe angewachsen, auch politisch nicht unbedingt zuverlässig."
Als Hauptvorwurf zu Vermögen gekommen zu sein, dessen Grundlage O. als langjähriger Werkstättenarbeiter erster Firmen legte. Politisch war O. nie tätig. Irgend eine nicht nachprüfbare Denunziation über irgend eine unbekannte Äußerung genügt zum Vorwurf „politischer Unzuverlässigkeit".

S. O. Seit über 20 Jahren in München, verheiratet, 3 Kinder in München geboren.
Gründe: „Mehrfach beanstandet".

M. O. Seit 25 Jahren in München, verheiratet, 2 Kinder in München geboren.
Gründe: In ärmlichen Verhältnissen eingewandert, zählt zu jenen Ausländern, deren Vermögensverhältnisse im Gegensatz zur allgemeinen Verarmung in der Kriegs- und Nachkriegszeit in auffallender Weise sich gebessert haben."
Also ein Vorwurf, zu Vermögen gekommen zu sein, das übrigens recht bescheiden ist.

A. Sch. 12 Jahre in München, verheiratet, drei Kinder in München geboren.
Gründe: „Beanstandet, wegen Beihilfe zu unerlaubter Ausfuhr vorbestraft.
In Wirklichkeit bestand diese „Beihilfe" darin, daß ein Kunde, den Sch. nicht kannte, ein Trikothemd kaufte und dieses über die Grenze bringen wollte. Irgend eine Kenntnis hiervon oder Einfluß darauf hatte Sch. natürlich nicht. Weil die verfügte Geldstrafe ganz geringfügig war, unterließ er eine Berufung dagegen. Diese geringfügige und in ihrer Geringfügigkeit unberechtigte Strafe wird ihm heute zum Verhängnis.

* *
*

Vermögensrechtliche Verfügung: „Es wird Ihnen eröffnet, daß es untersagt ist, aus Ihrem Betrieb Waren, Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen, Maschinenteile oder andere Einrichtungsgegenstände fortbringen oder fortschaffen zu lassen. Ihr Betrieb muß in vollem Umfang weitergeführt werden und Sie werden aufgefordert, einen Betriebsleiter für Ihren Betrieb zu bestellen und den Namen des Betriebsleiters der Polizeidirektion sofort anzuzeigen.
Im Falle der Weigerung wird der Betriebsleiter durch die Polizeidirektion aufgestellt. In diesem Falle erfolgt die Weiterführung des Geschäfts (oder Betriebs) und dessen Veräusserung — unbeschadet der Rechte Dritter, die vor dieser Zustellung dieser Anordnung entstanden sind — zugunsten der bayer. Staatskasse. Im Falle der gegen die Ausweisung eingelegten Beschwerde stattgegeben wird, ist vorstehende Anordnung hinfällig.
Es würde uns stark interessieren, zu erfahren, in welchen Gesetzen diese Verfügung ihre Unterlage findet.

Die Wirkung auf das Ausland

Eine amtliche polnische Darstellung

Aus Warschau meldet J.T.A.: Gegenüber der Darstellung der Münchener Regierung, daß die Ausweisungsaktion sich nicht nach Staatszugehörigkeit oder Konfession richtet, sondern nur die wirtschaftliche Schädlichkeit in Betracht zieht, berichtet der polnische Generalkonsul in München seiner Regierung, daß es sich bei den Ausgewiesenen ausnahmslos um Juden handelt, die seit vielen Jahren in München leben, zum größten Teil überhaupt nicht vorbestraft sind oder vor Jahren eine geringfügige Polizeistrafe davongetragen haben. Der Generalkonsul

betont, daß in keinem einzigen Falle einem Ausgewiesenen ein krimminelles Vergehen nachgewiesen werden konnte.

Der Konsulatsbericht führt eine ganze Reihe Fälle an, wo gegen die Betreffenden überhaupt nichts vorlag und nur „polizeilich beanstandet" als Ausweisungsgrund angegeben wird. In einer anderen Reihe von Fällen, wo Straffälligkeit als Ausweisungsgrund angegeben wird, hat sich nach den Recherchen herausgestellt, daß die Angaben nicht zutreffen und die Betreffenden überhaupt unbestraft sind.

Ankündigung polnischer Repressalien.

Das Regierungsorgan „Gazetta Warszawska" nimmt in offizieller Form Stellung gegen die bayerischen Judenausweisungen und begründet die Intervention der polnischen Regierung damit, daß der größte Teil der Ausgewiesenen Juden polnischer Staatsangehörigkeit waren. Das offizielle Organ betont, daß die Vorwürfe, die die bayerische Regierung gegen die Ausgewiesenen macht, vom völkerrechtlichen Standpunkt keine Rechtsgrundlage für Ausweisungen bieten. Das offizielle polnische Organ kündigt Repressalien gegen deutsche Bürger an, wenn die Intervention des Generalkonsulats erfolglos bleiben sollte.

Warschau. (J.T.A.) Der Sejmdeputierte Dr. Leon Reich interpellierte die Regierung, was sie angesichts der Ausweisung polnischer Staatsbürger jüdischen Glaubens aus Bayern zu tun gedenke. Vizeminister Seyda erklärte, die polnische Regierung hätte in dieser Angelegenheit nachdrückliche Schritte in München und Berlin unternommen.

Protest des amerikanisch-jüdischen Kongresses gegen die antisemitschen Exzesse in Deutschland.

New York. Dr. S. Wise hat im Auftrage des Bureaus des jüdisch-amerikanischen Kongresses bei der amerikanischen Regierung gegen die antijüdischen Exzesse in Deutschland Protest eingelegt. Das amerikanische Staatsdepartement hat dem Kongreßbureau sein Mitgefühl über die traurige Lage der Juden in Preußen und Bayern übermittelt. (Wiener Mgztg.)

Holländischer Protest gegen die Judenhetze in Deutschland.

Aus dem Haag meldet die J.T.A.: Am letzten Sonntag fand in Amsterdam eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher zu der Frage der Judenverfolgungen in Deutschland Stellung genommen wurde. Der Chefredakteur der Zeitung „Het Volk", Ankorsmidt, wies als erster Redner darauf hin, daß in derselben Nacht, in der das Entgegenkommen des gastfreien Holland es dem früheren Kronprinzen ermöglicht habe, in sein Vaterland zurückzukehren, der weltbekannte deutsche Gelehrte Einstein sein Vaterland habe verlassen müssen, um sich vor antisemitischen Anschlägen zu retten. Holland sei stolz darauf, ihn jetzt zu den Seinigen zählen zu können.

Der bekannte Advokat Mr. Mendes führte aus, die Verzweiflung der schwerleidenden deutschen Massen werde von den reaktionären Elementen dazu ausgenützt, die Schuld von sich auf ein paar arme Juden abzuwälzen.

Es wurde mitgeteilt, daß sich das Komitee an den stellvertretenden Vorsitzenden der englischen Labour Party mit dem Ersuchen gewandt habe, die englische Regierung zu veranlassen, bei der deutschen Regierung Vorstellungen wegen der Vorfälle zu erheben.

Eine halbamtliche deutsche Mitteilung

WTB. Berlin. Die offiziöse polnische Telegraphenagentur veröffentlicht eine Meldung aus München über die Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger, wonach etwa 60 Familien den Befehl zur Ausreise innerhalb 48-, ja sogar 24-stündiger Frist erhalten hätten. Diese Meldung ist stark übertrieben. Die von der bayerischen Regierung verfügten Ausweisungen betreffen nur einen kleinen Bruchteil der in Bayern lebenden polnischen Staatsangehörigen, nämlich von 1500 nur 45. Die Gründe für die Ausweisung sind in der Mehrzahl Fälle mehr oder weniger schwerer Verstöße gegen die wirtschaftliche Gesetzgebung. Aus dem gleichen Anlaß sind übrigens von der bayerischen Regierung auch Angehörige anderer Staaten ausgewiesen, so daß von einer ausschließlich gegen Polen gerichteten Maßnahme nicht gesprochen werden kann. Da in einigen Fällen die Verstöße leichterer Natur waren, hob die bayerische Reigerung eine Anzahl von Ausweisungen wieder auf. Der Rest der Ausweisungsbefehle wird einer nochmaligen Prüfung unterzogen. Zur Durchführung gelangt sind bisher überhaupt noch keine Ausweisungen. Die Durchführung ist vielmehr bis zur endgültigen Entscheidung der bayerischen Regierung ausgesetzt worden. Die Meldungen von Ausweisungen mit 48- und 24stündiger Frist sind reine Erfindung.

* * *

Wir hoffen, daß dieser letzten halbamtlichen Meldung wenigstens die Tatsache zugrunde liegt, die ganze Ausweisungsaktion ernstlich nachzuprüfen und das ungeheuere Unrecht, das in den meisten Ausweisungsverordnungen liegt, gut zu machen. Ebenso wie die Ausweisungen selbst würden wir Repressalien anderer Staaten bedauern, durch die eine weitere Anzahl Menschen ins Unglück gebracht würde. Was wir brauchen, ist nicht, daß hier und dort Unglück angerichtet und Verbitterung erzeugt wird, sondern daß alle Kräfte dahin zielen, die Beziehungen zu den Völkern und Ländern zu verbessern und den Haß, der heute das Leben Europas vergiftet, abbauen zu helfen. Wie wir hören, sind die Leiter der Hilfsorganisationen mit Erfolg bemüht gewesen, diese gegenseitige Milderung zu fördern.

* * *

Soeben hören wir, daß die Münchner Polizei Nachschau nach Ausgewiesenen, deren Frist abgelaufen ist, in deren Wohnungen hält. Dieses Vorgehen steht in merkwürdigem Gegensatz zur halbamtlichen Regierungsmeldung und zu den nach mehreren Seiten hin gegebenen Zusicherungen der Behörden. Klarstellung ist dringend nötig, wenn der Zustand, daß offenbar die eine Hand nicht weiß, was die andere tut, beendet werden soll.

Letzte Nachrichten
(Nach Redaktionsschluß eingelaufen)

Nürnberg, den 2. Dez. 23. (Privat.) Entgegen allen Erwartungen, hat hier die Ausweisungsaktion gegen ausländische Juden eingesetzt. Vorläufig sind dem Hilfsausschuß 10 ausgewiesene Familien bekannt geworden. Die Verzweiflung unter den Ausgewiesenen, die in ihrer Existenz bedroht sind, ist groß.

Warschau, den 2. Dez. 23. (Privat.) Als Beginn der angekündigten Repressivmaßnahmen gegen die Ausweisung polnischer Staatsbürger in Bayern ist hier die Ausweisung von 10 Familien deutscher Staatsbürger verfügt worden. In deutschen Kreisen Polens herrscht große Erbitterung wegen der durch Bayern hervorgerufenen Gefährdung von Deutschen in Polen.

MITTEILUNGEN
des Israelitischen Lehrervereins für Bayern
Schriftleitung: M. Rosenfeld, München

Nr. 6 — **München, 30. November** — **1923**

Vorbemerkung. Die heutige Nummer liegt seit nahezu 5 Wochen druckfertig vor. Infolge der verspäteten Ausgabe ist ihr Inhalt teilweise überholt; eine Umstellung konnte jedoch aus technischen Gründen nicht erfolgen. Ich habe bereits in einem Rundschreiben an die Bezirksobmänner neuerdings Bericht erstattet und nehme an, daß die Mitglieder in den Bezirksvereinigungen hiervon Kenntnis erhalten. Auf weiteres wird in der nächsten Nummer zurückgegriffen werden. M. R.

Zwischen Furcht und Hoffnung

In einer Zeit, da die Tagesereignisse wie lähmend auf die Gemüter wirken, auch nur das Wort „Hoffnung" in den Mund zu nehmen, ist schon ein Wagnis, mehr als ein solches ist es, wenn für einen Stand von Hoffungen gesprochen werden soll, der unter der Not der Zeit wie kaum ein zweiter zermürbt und zerrieben ist, so daß auch von Außenstehenden seine baldige völlige Auflösung als unabwendbares Schicksal hingenommen wird.

Und dennoch soll dieses Wagnis hier unternommen werden! Es hat sich gezeigt, daß der Wille zur Aufrechterhaltung unserer Glaubensgemeinden — und ihre Erhaltung ist ohne einen lebensfähigen, berufstüchtigen Beamtenstand undenkbar — nicht völlig erloschen ist. Nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen in Gemeinden, Distriktsausschüssen und Verband, sowie zwischen Instanzen, ist die Einreihung einer größeren Anzahl von Lehrern gemäß den Verbandsbestimmungen durchgeführt worden.

Freilich ist hier sofort eine Differenzierung notwendig. Während in einigen Distrikten mit vielen Gemeinden sämtliche Beamten eingruppiert wurden, konnte in anderen Bezirken mit einer oder nur wenigen Gemeinden ein Erfolg bis jetzt nicht erzielt werden.

Und noch eine Feststellung muß gemacht werden: Die betreffenden Beamten sind nur mit dreiviertel der staatlichen Besoldungssätze eingereiht. Die dreiviertel Eingruppierung, die sicher nur als Notstandsmaßnahme gedacht war, darf aber nicht zur Dauereinrichtung werden. Dies wäre wirtschaftlich und ethisch unmöglich. Wirtschaftlich, weil sonst die jüdischen Beamten doch zugrunde gehen würden, ethisch, weil die Nicht-Vollauszahlung letzten Endes nichts anderes als eine Verdunkelung von Tatsachen darstellt; wie unzureichend dieser Modus ist, wird sich erst recht zeigen, wenn einmal die Umwandlung in Goldmark erfolgt. Es ist ferner ungerecht, daß der Beamte ein Viertel des ihm rechtlich zustehenden Gehaltes für die Gemeinde opfert und somit weit mehr leistet als selbst die bestsituierten Steuerzahler.

Leider ist infolge des neuerdings eingetretenen entsetzlichen Währungsverfalles selbst die dreiviertel Einreihung in manchen Verbandsgemeinden gefährdet. Die Gemeinden glauben sich außerstande, die jetzt erforderlichen Milliardenbeträge aufzubringen. Allerdings ist es wahr, daß der Staat seine Bedürfnisse immer noch zum großen Teile durch Anwendung der Notenpresse deckt, die Glaubensgemeinden aber sind auf wirkliche Steuerleistungen angewiesen. Abhilfe wäre in den ländlichen Gemeinden am ersten durch Naturalleistungen möglich, wie solche in den katholischen und protestantischen Kirchengemeinden schon seit langem üblich sind. Denn es ist undenkbar, daß die Beamten wiederum vor die nackte Not gestellt werden und eine kaum getroffene Regelung zunichte gemacht würde.

Nicht weniger schwieriger ist die Lage für den Verband. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß dieser seine Mittel im wesentlichen durch Kredite aufgebracht hat. Die Steuereingänge waren bisher geradezu nichtssagend; zudem erfolgte die Ablieferung der Steuern durch die überlasteten Finanzämter meist so spät, daß die Beträge völlig entwertet waren. Nachdem jetzt durch das in Kraft getretene religiongesellschaftliche Steuergesetz die gesetzliche Grundlage gegeben ist, wird der Verband wohl zu einem der Zeit angepaßten Steuerausschreiben kommen. Die katholischen und protestantischen Kirchenverwaltungen haben sich schon im September in öffentlichen Aufforderungen zur Steuerentrichtung nach Maßgabe des Reichssteuergesetzes an ihre Glauensgenossen gewandt. Gleichviel welche Maßnahmen der Verband ergreifen wird, eins ist mir gewiß, daß die jüdichen Zeniten in Stadt und Land in dem Willen, die Gemeinden und ihre Beamten zu erhalten, ihre Stuerpflicht in vollem Umfange erfüllen und so den Verband in die Lage versetzen werden, eine segensreiche Tätigkeit fortzusetzen, seine große Aufgabe ganz zu erfüllen.

Infolge der Unmöglichkeit, Steuern nach ihrem wahren Werte zu erheben, konnte ein wichtiges Aufgabengebiet des Verbandes, auch nach der sozialen und kulturellen Seite tätig zu sein, ohnehin kaum in Angriff genommen werden. Die nach einem glänzenden Referate auf der vorjährigen Tagung gefaßten Beschlüsse sind bis heute auf dem Papier stehen geblieben. Freilich sollten die Mittel hierfür wesentlich aus freiwilligen Zuwendungen bestritten werden und es ist vielleicht dem Mangel eines regelmäßig erscheinenden und allgemein verbreiteten Verbandsorgans zuzuschreiben, daß von dem schönsten Rechte, aus freien Stücken für solche Zwecke zu opfern, dem Verbande gegenüber noch fast kein Gebrauch gemacht worden ist. Bezeichnend bleibt es jedenfalls, daß mit der einzige größere Beitrag für den Wohltätigkeitsonds des Verbandes von — einem Lehrer überreicht worden ist.

Werden die zu erwartenden Steuern, werden etwaige freiwillige Zuflüsse genügen, um die täglich steigenden Bedürfnisse zu befriedigen? Wer vermöchte heute eine Voraussage machen? Ohne Zweifel werden auch die jüdischen Gemeinden auf Staatszuschüsse angewiesen bleiben, insbesondere ist zu erhoffen, daß Verband und Gemeinden auch in Bayern recht bald die auf Grund des Reichsfinanzausgleichsgesetzes in Aussicht stehenden Zuwendungen aus Reichsmittln erhalten werden.

Gleichviel aber, wie dem sein mag, entscheidend für den Bestand unserer Gemeinden bleibt die Opferwilligkeit der Glaubensgenossen. Ein unsäglicher Druck lastet auf jedem einzelnen, wie die politische Lage auf die Glaubensgemeinden und ihre Erhaltung wirken wird, kann hier kaum angedeutet werden. Umsomehr sind Einheit und Geschlossenheit oberstes Gesetz. Möge ein kom-

mendes Geschlecht dem unsrigen einmal das Zeugnis ausstellen können: Ihr habt euch in schwerster Zeit bewährt!

Mitteilungen des Vorstandes

1. Die in Nr. 5 auf Grund Beschlusses der Verwaltung eingeforderte Einzahlung der erhöhten Mitgliederbeiträge ist laut Mitteilung des Kassiers bis jetzt nur von einem geringen Teil der Kollegen betätigt worden. Es ergeht hiermit an die Säumigen die wiederholte Aufforderung zur sofortigen Einsendung der Beiträge (Einzahlung auf unser Postscheckkonto Nr. 6479 beim Postscheckamt Nürnberg) mit dem Bemerken, daß die Beitäge infolge der Geldentwertung nunmehr das 100fache der ursprünglich festgesetzten Sätze ausmachen. Eine weitere Aufforderung erfolgt nicht. Mitglieder, die die Beiträge bis längstens 1. Dezember nicht entrichtet haben, werden als ausgetreten erachtet und aus der Mitgliederliste gestrichen.

2. Gesuche um Zuwendungen aus der Unterstützungskasse oder um Beihilfe in Krankheitsfällen wollen nicht an den Vorstand, sondern unmittelbar an den Vorsitzenden der Unterstützungskommission, Hauptlehrer M. Heilmann, Würzburg, Neubergstraße 11, gerichtet werden, da andernfalls nur Verzögerungen in der Erledigung eintreten und zudem erhöhte Portokosten erwachsen.

3. Dringend ersuche ich alle Kollegen, die nicht im Volksschuldienste stehen, sich darüber zu vergewissern, ob sie mit ihrem vollen Gehalte beim Versorgungs-Verbande angemeldet sind. Versäumnisse in dieser Hinsicht können im Versorgungsfalle (Pensionierung, Hinterbliebenen-Versorgung) die schwersten Nachteile zur Folge haben.

4. Verschiedene Zuschriften, namentlich in Verbandsangelegenheiten, habe ich in der letzten Zeit der hohen Portokosten wegen nicht direkt beantwortet. Die treffenden Kollegen dürfen indes versichert sein, daß meinerseits nicht versäumt wird und alle Anfragen, Anträge usw. sofort den zuständigen Stellen übergeben werden.

5. Unserer Hilfskasse sind in letzter Zeit wieder eine Reihe besonders hervorzuhebender Spenden zugeflossen. Ich glaube indes im Sinne der Spender wie der Vermittler der Zuwendungen zu handeln, wenn ich ihre Namen hier nicht eigens anführe. Mögen sie hiermit den herzlichsten Dank entgegennehmen und in dem Bewußtsein, an einem edlen Werke mitgeholfen zu haben, den schönsten Lohn finden.

Auf Rosch Haschanah wurden Pensionisten, Witwen und Waisen Beschaffungsbeihilfen im Gesamtbetrage von rund 400 Millionen M. gewährt. Eine weitere Ausschüttung aus der Hilfskasse fand zum Laubhüttenfeste statt.

Die Leistungsfähigkeit der Kasse kann indes nur dann auf der bisherigen Höhe erhalten werden, wenn alle Mitglieder unausgesetzt für sie werben. Es ergeht darum an die Kollegen die ernste und eindringliche Mahnung: Helfet mit an unserem Werke echter Bruderliebe! Es kann jeder an seinem Auf- und Ausbau mitarbeiten, wenn er nur wahrhaft will. Die Not ist groß, der Winter steht vor der Tür!

Mit kollegialen Grüßen!

I. V.: M. Rosenfeld, Schriftführer.

Personalien

Den Religionslehrern Simon Dingfelder und Moritz Rosenfeld in München wurde der Titel Hauptlehrer verliehen.

Hauptlehrer D. Rosenwald in Winnweiler wurde, nachdem die dortige israelitische Volksschule aufgelöst worden ist, nunmehr zum Lehrer für Deutsch und Geographie an der Lateinschule dortselbst ernannt.

Vergütung für den Religionsunterricht an den Volksschulen

Laut Ministerialentschließung vom September wurde der Vergütungssatz rückwirkend ab 1. Juli auf 120 000 Mk. für die Jahreswochenstunde festgesetzt. Hierzu kommt dann der jeweilige Teuerungszuschlag und eventuell der Überteuerungszuschlag in besonders namhaft gemachten Orten.

Bis 1. Juli betrug die Grundvergütung 3200 Mk. für die Jahreswochenstunde.

Die Teuerungszuschäge ohne Sonderzuschlag waren jeweils: Januar 395%, Februar mit April 942%, Mai 1460%, Juni 4450%, Juli — zum neuen Satz — 405.5%, August 10017%, September 244 370%, Oktober Durchschnittsmeßzahl 564 200, 1. November-Viertel Meßzahl 2 538 750; 2. Viertel 7 500 000; 3. Viertel 20 500 000.

Es ergibt sich demnach beispielsweise als Vergütung für eine Wochenstunde im September ein Betrag von 24 438 000 Mk., im Oktober 5,642 Milliarden, für das 3. November-Viertel 205 Milliarden.

Wesentlich wird sein, daß die Vergütungen auch rechtzeitig, also in der gleichen Weise wie feste Besoldungen durch die Finanzämter zur Auszahlung kommen, da sie ja sonst unter dem Druck unserer Währungsverhältnisse jeden Wert verlieren würden.

Bereits in der vorigen Nummer wurde darauf hingewiesen, daß die Vergütungen auf Grund des abgeänderten Art. 29 des Schulbedarfgesetzes nicht mehr den Religionsgesellschaften — Kultusgemeinden — zufließen, sondern den Religionslehrern unmittelbar auszuzahlen sind.

Da die Ausführungsbestimmungen zu der erwähnten Gesetzesänderung noch nicht vorliegen, scheinen mancherorts noch Unklarheiten zu bestehen, welche wohl nach Erscheinen der Ausführungsbestimmungen behoben werden dürften.

Soziale Mitarbeit

Unter Mitwirkung verschiedener Kollegen ist es möglich gewesen, sowohl Kinder aus dem besetzten Gebiete als auch erholungsbedürftige Stadtkinder in ländlichen Gemeinden während der Ferienzeit unterzubringen. Wie mir von der Fürsorgestelle des Verbandes hier mitgeteilt wird, strebt dieselbe zur Zeit die Unterbringung einiger Kinder für längere Dauer an. Da hierbei auch zwei schulpflichtige, reichsdeutsche Mädchen in Betracht kommen, wäre die Möglichkeit zur Auffüllung einer Volksschule gegeben. Kollegen, die hiefür Interesse haben, werden um möglichst umgehende Mitteilung gebeten.

Einzahlungen seit 18. IX. 23.

((in Millionen Mark)

Durch: Brückheimer, Marktbreit 65, Frl. Edelstein, Sugenheim 17, Rose, Altenstadt 1, Reinhold, Demmelsdorf 0,3, Neustädter, Maßbach 0.16, Herrn Sonder, Kitzingen 100, Stern, Frankfurt 55, Adler, Ansbach 12, Eisemann, Würzburg 0.2, Ottensoser, Würzburg 10, Strauß, Westheim 6.04, Heymann, Rodalben 16.96, Bein, Nürnberg 10, Blatt, Obbach 2.15, Gundersheimer, Brückenau 5.5, Massenbacher, Niederwerrn 1.177, Kissinger, Frankenwinheim 0.019, Hofmann, Rothenburg 9, Edelstein, Sugenheim 51, Heippert, Scheinfeld 25, Wißmann, Künzelsau 8, Reiter Gerolzhofen 10, Rosenfeld, München 57.5, Müller, München 20, Hubert, Windsbach 1.225, Gutmann, Öttingen 11, Hellmann, Würzburg 455, Blumenthal, Rimpar 0.1, Heymann Rodalben 29.75, Dr. Klugmann, München 242.4, Strauß, Uffenheim 9.6, Rosenwald, Winnweiler 9.7, Gutmann Öttingen 75, Weil, Hof 500, Rosenblatt, Memmingen 200, D. Sonn, Würzburg 1, Mandelbaum, Würzburg 3 400.

Würzburg, den 28. X. 1923. M. Hellmann.

Kardinal Faulhaber gegen die Judenhetze

Kardinal Erzbischof Faulhaber nahm in einem durch die Presse bekannt gewordenen Antwortbrief an den Reichskanzler auch gegen die Judenhetze Stellung. Er schrieb:

Wie wollen wir über die ins riesenhafte gewachsene wirtschaftliche Not, über das mit der Arbeitslosigkeit kommende Elend dieses Winters Herr werden, wenn nicht alle sittlichen Mächte ohne Unterschied der Konfession und Partei zusammenhelfen? Wie wollen wir sonst den Haß abbauen, der blindwütig über unsere israelitischen Mitbürger oder über andere Volksgruppen in Bausch und Bogen ohne Schuldnachweis von Kopf zu Kopf den Stab bricht oder den Bürgerkrieg anrät, der unabsehbare neue Verwüstungen anstiften und die Verelendung unseres armen Volkes durch Selbstzerfleischung besiegeln würde.

In der Allerseelenpredigt geißelte der Kardinal gleichfalls die Judenhetze:

„Nicht der Haß kann die Not lindern, auch nicht der Haß gegen die Juden." Und wiederum: „Kein Mensch soll verhungern oder erfrieren in diesem Winter, kein Leben soll zerstört werden, auch nicht das Leben eines Juden, denn es ist etwas wertvolles, wie jedes menschliche Leben."

Es erscheint uns so selbstverständlich, daß die Spitze der katholischen Kirche in Bayern gegen die alle Menschlichkeit vergessende Hetze Stellung nimmt, daß wir diesen der Tradition der katholischen Kirche in Bayern entsprechenden Vorgang lediglich zu registrieren brauchen. Ebenso selbstverständlich erscheint uns, daß die Hetzpresse sich nun auch gegen den Kardinal wendet und die Ablehnung seines Eingreifens verschieden formuliert, aber sehr bestimmt ausspricht. Ob auch Staatsregierung und Generalstaatskommissar diese warnende Stimme überhören werden?

Budapester und Münchner Pogromgemeinschaft

Budapest, 22. November. In der Sitzung des Immunitätsausschusses, der sich mit der Affäre Ulain beschäftigte, wurden zunächst die Berichte über die von der Polizei eingeleiteten Untersuchungen und die Zeugenaussagen eines gewissen Emanuel Garay verlesen, wonach eine groß angelegte Bewegung, hinter der 30 000 bis 40 000 Mann stehen, geplant gewesen sei. Mit Hilfe bayerischer Hakenkreuzler habe man als Reichsverweser Hejjas und als Ministerpräsidenten Gömbös einsetzen wollen. Als Stichtag sei der 27. Oktober angegeben worden, an dem ein großes Gemetzel stattfinden und auch alle Vertreter des jüdischen Großkapitals hätten hingerichtet werden sollen. Andere Zeugenaussagen widersprechen den Angaben Garays.

Minister des Innern Rakovsky erklärte vor dem Ausschuß, er habe von der Angelegenheit durch den Abgeordneten Bazsonyi Kenntnis erhalten, da er aber die Sache für einen Klatsch gehalten habe, habe er Beweise verlangt. Der Ministerpräsident sei damals im Ausland gewesen, und so habe er mit dem Minister des Äußern vereinbart, den bayerischen Untertan Döhmel nach Bayern zu schicken, um dort mit der Umgebung Hitlers in Verbindung zu treten und in Erfahrung zu bringen, was man in Bayern gegen Ungarn vorhabe. Gleichzeitig habe er jedoch Döhmel durch die Polizei beobachten lassen. Anfangs November sei dem Minister ein Bericht zugegangen, daß Ulain einen Staatsvertrag nach München bringen wolle. Nun habe er veranlaßt, daß die Polizei die nötigen Verfügungen treffe.

Der Minister machte sodann Mitteilng von einem Schreiben, das Ulain aus der Haft an den Reichsverweser richtete und das der Reichsverweser der Regierung zur Verfügnug gestellt habe. Ulain prophezeit darin den Putsch in München und erklärt, Hitler, Ludendorff und Kahr stünden im besten Einvernehmen. In nächster Zukunft würden die Völkischen Berlin einnehmen. Schließlich beruft sich Ulain darauf, daß er bereits im Februar dem Reichsverweser über die ungarisch-bayerischen Beziehungen Bericht erstattet habe.

Abgeordneter Eckhardt: War damals Ulain nicht in offiziellem Auftrag in München?

Minister des Innern Rakovsky: Nein! Es war privates Diplomatenspiel Ulains.

Der hierauf einvernommene Abgeordnete Dr. Bazsonyi gibt zu Protokoll, daß Döhmel bei ihm erschienen sei und ihm mitgeteilt habe, daß er in Ungarn die Bildung einer revolutionären Regierung und einen Pogrom mit Hilfe bayerischer Terroristen vorbereitet habe. Bazsonyi habe darüber die Minister Daranyi und Rakovsky informiert.

Dr. Weizmanns 50. Geburtstag

Am 27. November feierte der Präsident der Zionistischen Organisation, Prof. Dr. Chaim Weizmann, seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlaß wenden sich Dr. Weizmann nicht nur die Gefühle persönlicher Sympathie zu, die er sich bei allen Menschen, die mit ihm zu tun hatten, erworben hat, sondern auch die Gefühle der Dankbarkeit und Verehrung seitens des jüdischen Volkes, um das er sich unvergängliche historische Verdienste

erworben hat. Insbesondere die zionistische Bewegung sieht in Dr. Weizmann, der unter Aufopferung seiner besten Kräfte unermüdlich für die Idee der Wiedergeburt des jüdischen Volkes tätig war und ist, nicht nur ihren Führer, sondern eine Verkörperung zionistischer Pflichterfüllung.

Dr.. Weizmann ist am 27. November 1873 in einem kleinen Ort in der Nähe von Pinsk geboren, aber in Pinsk aufgewachsen und erzogen worden. Er hat später in Deutschland Chemie studiert, wo er auch in Berlin ein Mitglied des ersten russisch-zionistischen Studentenvereins war, dem u .a. auch Notzkin, Dr. Jacobson und andere spätere Führer des Zionismus angehörten. Nach Beendigung seiner Studien wurde er Privatdozent in Genf und von hier später an die Universität Manchester berufen, wo er sein Lehramt ausübte, bis ihn seine politische Aufgabe zur Übersiedlung nach London zwang.

Dr. Weizmann hat in der zionistischen Bewegung frühzeitig eine hervorragende Rolle gespielt. Er war ein führendes Mitglied der demokratischen Fraktion, die auf dem V. Kongreß gebildet wurde und gegenüber der rein diplomatischen und formal organisatorischen Tätigkeit der Herzlschen Leitung eine stärkere Betonung des volktümlichen Elementes, eine Beschäftigung mit der jüdischen Gegenwart und den jüdischen Realitäten und vor allem eine Weckung und Pflege der produktiven Kräfte des Volkes forderte. Weizmann hat nach Herzls Tod eine immer bedeutendere Rolle in der Bewegung gespielt. Nach der Lösung des Uganda-Konfliktes wurde er der Vorkämpfer jener Richtung, die, ohne die Bedeutung der politischen Aufgabe zu unterschätzen, eine stärkere Betonung der praktischen Arbeit in Palästina forderte. Auf dem VIII. Kongreß im Haag führte er mit seiner berühmt gewordenen Rede diese Richtung zum Siege. Er war es, der gegenüber der damaligen Begriffsscheidung zwischen politischem und praktischem Zionismus die Parole der Synthese ausgab, die dann zur Bezeichnung seines Programms als „synthetischen Zionismus“ führte.

Die allseitig anerkannte Führerrolle Dr. Weizmanns kam rein äußerlich darin zum Ausdruck, daß er auf dem letzten Kongreß stets zum Präsidenten des Permanentausschusses gewählt wurde, der das wichtigste parlamentarische Organ der Kongresse ist. Auf dem Wiener Kongreß im Jahre 1913 hat Dr. Weizmann das bekannte Referat über die Hebräische Universität gehalten, die überhaupt zu seinen Lieblingsideen gehört.

Doch es war Dr. Weizmann bestimmt, eine noch weit bedeutendere Rolle in der Geschichte des Zionismus zu spielen, als man damals ahnen konnte. Als während des Weltkrieges der Zusammenhang der Zionistischen Organisation notwendigerweise gelockert war, und die Arbeit, die nicht nur der Sorge um die Erhaltung des Bestehenden, sondern auch den Möglichkeiten der Zukunft gelten mußte, in mehreren politischen Zentren gleichzeitig zu leisten war, ist es Dr. Weizmann gelungen, die öffentliche Meinung in England und vor allem eine Reihe von maßgebenden englischen Politikern für die Idee der Lösung der Judenfrage durch den Zionismus zu gewinnen. Die politischen Bemühungen, die Weizmann damals mit Hilfe einer Reihe von Freunden einleitete, führten dazu, daß die englische Regierung, in deren Kriegsprogramm Palästina eine wichtige Rolle spielte, schließlich das zionistische Programm der Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina sich offiziell zu eigen machte. Diese Tatsache hat dann ihren Ausdruck gefunden in dem historischen Dokument vom 2. November 1917, das unter dem Namen „Balfour-Deklaration“ bekannt ist. Diese Errungenschaft ist vor allem der Tätigkeit Dr. Weizmanns zu danken. Bald nach der Balfour-Deklaration begab sich Dr. Weizmann als Haupt der ersten von der englischen Regierung offiziell anerkannten Zionist Commissoin nach Palästina, wo er mit Begeisterung und großen Ehren empfangen wurde. Es kann nicht Aufgabe dieser kurzen Würdigung sein, die Verdienste Dr. Weizmanns um die zionistische Bewegung und das jüdische Volk in Einzelheiten zu verfolgen, aber einiges muß doch erwähnt werden. Als nach dem Kriege im Jahre 1920 zum erstenmal wieder eine allweltliche zionistische Versammlung stattfand (Londoner Jahreskonferenz), war es eine Selbstverständlichkeit, daß Dr. Weizmann, der bis dahin schon tatsächlich die Geschäfte des Zionismus geführt hatte, auch formal zum Präsidenten der Organisation gewählt wurde. Diese Wahl wurde auch auf dem XII. und XIII. Kongreß erneuert. Inzwischen ist die Politik in ein weiteres Stadium getreten. Das Palästina-Amt wurde bestätigt, und die Hauptaufgabe der Zionistischen Organisation hat sich dem praktischen Aufbau Palästninas zugewandt. Dr. Weizmann steht auch in der Erfüllung dieser Aufgabe in der vordersten Linie. Er hat in den letzten Jahren seine besten Kräfte der Aufbringung der Gelder für den Keren Hajessod gewidmet. Im vorigen Jahre hat er durch seine Tätigkeit in Amerika das jüdische Palästina aus einer schweren Krise gerettet. Das jüdische Volk weiß es besonders zu würdigen, daß der Führer der Bewegung es für selbstverständlich hält, auch diese scheinbar geringer zu bewertende Arbeit auf seine eigenen Schultern zu nehmen. Allerdings sind gerade die persönlichen Qualitäten Dr. Weizmanns, seine Fähigkeit, Menschen zu überzeugen und hinzureißen, das stärkste Aktivum dieser Tätigkeit. Auch am Tage seines 50. Geburtstages weilt Dr. Weizmann nicht im Kreise seiner Familie, sondern er befindet sich eben an Bord des Schiffes, das ihn zu neuer anstrengender Arbeit nach Amerika bringen soll.

Die Wünsche, die an seinem Jubeltag dem Menschen Weizmann gelten, sind Wünsche zugleich für das jüdische Volk. Möge die Person Dr. Weizmanns uns noch lange in ungebrochener Kraft erhalten bleiben! (Ziko)

Wien als Relaisstation

Äußerungen des Polizeipräsidenten Schober.

Ein Sonderbericht des „Pester Lloyd“ hat den Wiener Polizeipräsidenten Dr. Schober über die Verbindungen zwischen den Budapester Rassenschützlern und den Münchener Mordorganisationen befragt. Präsident Schober nahm Anlaß, sich in ausführlicher Weise über den Gegenstand zu äußern. Er führte aus:

„Als die ersten Nachrichten über die Putschpläne in Ungarn und die Verhaftung des Abgeordneten Ulain in den hiesigen Zeitungen erschienen und Andeutungen über Verbindungen

zwischen Budapest und Wien, beziehungsweise München gemacht wurden, hielt ich es für meine Pflicht, bei den maßgebenden Faktoren Ungarns anzufragen, ob und inwieweit die journalistischen Berichte zutreffen. Ich sandte vor allem eine Depesche ab, und ließ dieser dann — auf Grund weiterer Preßmeldungen — eine Note folgen. Die Antwort erfolgte bald. Vorerst kam die Entgegnung auf die telegrapische Anfrage, und in dieser wurde bereits konstatiert, daß eine Verbindung der ungarischen Rassenschützler mit den sogenannten Hakenkreuzlern Österreichs nicht festgestellt werden konnte. Gestern traf nun auch die Antwort auf unsere Note ein, und wir erhielten ein detaillierte Schilderung der Machenschaften der ungarischen Rassenschützler, bezw. der Gruppe Ulain. Aus dieser Antwortnote geht hervor, daß eine Verbindung zwischen München und Budapest seit längerer Zeit besteht, daß diese Verbindung zu gefährlichen Vereinbarungen führte und daß Wien bei den Verhandlungen gewissermaßen eine Relaisstation bildete.

Man hat mir zum Vorwurf gemacht, daß ich eine Versammlung der Juden in der Rathaushalle gestattete, und doch ist es meine Überzeugung, daß ebenso wie Versammlungen genehmigt werden, in denen die Antisemiten gegen die Juden Stellung nehmen, auch Versammlungen genehmigt werden müssen, in denen die Juden gegen ihre Angreifer Stellung nehmen. Mehr als das: die Polizei muß mit ihrer ganzen Kraft dafür sorgen, daß die Versammlungen, die eigentlich bloß die Folgen von aggressiven Aktionen sind, in Ruhe und Ordnung verlaufen können. Bei der erwähnten Versammlung in der Rathaushalle wurde der Versuch gemacht Skandale herbeizuführen. Es kam zu Streitigkeiten, aber der geplante Protest wurde durchgeführt, und ich habe mich deshalb auf den Schauplatz begeben, um dafür zu sorgen, daß den jüdischen Mitbürgern voller Schutz von seiten der Polizei werde.

Mit der größten Kraftanstrengung gelang es den verschiedenen Fraktionen (Monarchisten, Deutschnationalen usw.) nach wochenlanger Werbearbeit sechstausend bis siebentausend Menschen zu einer Demonstration auf die Straße zu bringen, was in einer Zweimillionenstadt sicherlich kein Kunststück ist, ebenso wie es wieder keiner sonderlichen polizeilichen Vorkehrungen bedarf, um solcher Bewegungen Herr zu werden. Gewiß, wenn es sich in Wien um starke Organisationen handeln würde, die auf den Umsturz hinarbeiten, wenn weiter eine feste Verbindung zwischen den Exaltados in München und Budapest bestünde, dann müßte man energische Maßnahmen ergreifen. Doch ich habe konstatiert, daß unsere Hakenkreuzler — um das falsche Wort zu gebrauchen, das indes gang und gäbe ist — von dem Putsch in München vorher keine Kenntnis hatten und erst aus den Zeitungen die Tatsachen erfuhren. Ferner habe ich die wohlfundierte Überzeugung, daß heute zwischen den Wiener Hakenkreuzlern und den Budapester Rassenschützlern keine ernste Verbindung besteht. Doch muß ich hinzufügen, daß vor einem Jahre manche Wiener Exaltados sich mit bis in hohe ungarische Kreise reichenden Beziehungen brüsteten und in der Tat Pläne hatten, die in gemeinsamen Aktionen mit München und Budapest gipfelten. Diese alten Beziehungen scheinen die Basis jener Kombinationen gebildet zu haben, die auch jetzt beim Münchener Putsch und bei den Enthüllungen der Ulainschen Machenschaften auf eine bestehende Verbindung und eine gemeinsame Aktion schlossen. Wenn aber eine solche Verbindung, wie erwähnt, ehedem bestand, seit einigen Monaten ist der Draht zwischen österreichischen Hakenkreuzlern und ungarischen Rassenschützlern zerrissen, und dieser Draht wird nicht neu geknüpft werden. Dafür sorgt schon die Wiener Polizei.

Ernst — Heiteres

„Die Juden haben den deutschen Kriegsverlust herbeigeführt."

General Ludendorff gewährt einem Engländer eine Audienz. Im Verlaufe des Gesprächs werden auch die Ursachen erörtert, die zum Verlust des Krieges geführt haben. Dabei verweist Ludendorff auf die Stelle in seinem Buche, die dieses Kapitel behandelt. Der Engländer liest die Stelle im Buche aufmerksam durch. Es heißt da: „Die Juden haben den Kriegsverlust herbeigeführt." Der Engländer schaut dem General erstaunt ins Gesicht und sagt: „Exzellenz, ich habe gar nicht gewußt, daß Sie ein Jude sind." (M. Post.)

Gemeinden-u.Vereins-Echo

Die Verwaltung der Kultusgemeinde bittet wiederholt Verwandte und Freunde von Gefallenen aus unserer Gemeinde, die Liste der Gefallenen zu vervollständigen, bezw. im Sekretariat, Herzog Maxstraße 7, sich zu vergewissern, ob die betreffenden Namen bekannt sind, damit auf dem nunmehr in Arbeit befindlichen Denkmal im nördlichen Friedhof die Namen unserer Gefallenen vollzählig und richtig erscheinen.

Jüd. Arbeitsgemeinschaft. Samstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Bibliotheksaal der Gemeinde.

Schachklub Lasker. Unser Schachabend findet auch weiterhin jeden Montag abend ab 8 Uhr im „Herzog Heinrich" (Ecke Landwehr-Mathildenstraße) statt. Unsere Mitglieder werden ersucht, regelmäßig vollzählig zu erscheinen. Neueinführungen erwünscht. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Jüdischer Gesangverein. Wir teilen unseren aktiven Mitgliedern mit, daß unsere Proben nach wie vor jeden Dienstag abends 8 Uhr im Bibliotheksaal der Gemeinde stattfinden. Wir richten an sämtliche aktiven Mitglieder die dringende Aufforderung, von nun an wieder regelmäßig und pünktlich zu erscheinen, da sonst das Fortbestehen des Vereins ernstlich in Frage gestellt wäre. Wir erwarten, daß dieser Apell an das Pflichtbewußtsein und Vereinsinteresse unserer Mitglieder genügt.

Dienstag, 4. Dezember, Chanukaprobe mit gemütlichem Beisammensein der aktiven Mitglieder.

Die Vorstandschaft.

Spendenausweis

Spenden aus Nürnberg.

R.-A. Dr. Thalmann: Aus München, Goldmark —.50, kleine Spende —.2²/₃, Tellersammlung bei Ortsgruppenabend am 18. X. 1.09, Berditschewsky, Fürth —.11, M. Starkhaus, Fürth —.11, Dr. Oppenheimer, Fürth —.01¹/₃.

Dr. Herrmann Liebstädter s. A. Garten. Zion. Ortsgr. u. Gruppenverb. Vorstände kond. Fam. Dr. Liebstädter herzl. 3 B., Herr Lion anläßl. d. Abl. 1 B., Fam. Schönwalter, Fam. Dr. Löb u. Herr Kraus, Fam. M. Katz je 1 B., Fam. Birnbaum Fürth —.35 Goldmark, Fam. Leiter —.70, Fam. Weitz 1.—, Dr. Friedmann u. Frau 1.—, J. Blumenfeld 1.—, Fam. Engel —.15, N. N. —.35, Fam. Hamburger —.70, Fam. Jakoby —.70, Herr Ordenstein u. Herr Kornreich 1.—, Der

„Blau-Weiß“, Nürnberg 1.—, Fam. Dir. Rosenthal 1 B., = insgesamt 10 B.

Jüdischer Nationalfonds.
Spenden aus München.

Allgemeine Spenden. Phillippsohn Geldentwertung —.01 G.-M., Herr u. Fr. Kluger danken allen Verwandten, Bekannten und Freunden für die ihnen anläßl. ihrer silb. Hochzeit erw. Aufmerkamkeiten, grat. z. Hochzeit Wilschinsky-Rapaport, Aß-Salomon, Katzenel 0.03, L. Rosenblum d. Gusta Strumpf 0.03, Jakob Fraenkel 0.50 = 0.57.

Thoraspenden. Max Kober, Berlin 0.50. Büchsen: Rapaport 0.05. Summe: 1.12.

Die glückliche Geburt ihres Sohnes
ARON HIRSCH
zeigen hocherfreut an
JOSEPH HIRSCH und Frau GLADYS geb. Wilenski
München, den 18. Kislev 5684 Möhlstraße 21

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 87, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.